MIT WEHNER IN DEN ABGRUND?

Ein SPIEGEL-Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner

SPIEGEL: Herr Wehner, der Deutschlandplan der SPD ist in der Öffentlichkeit und namentlich auf seiten der Regierungspartei auf Kritik gestoßen. Ein Hauptziel der Kritik sind Sie als stellvertretender Vorsitzender der SPD, dessen Handschrift man in dem Plan zu erkennen glaubt. Man spricht deshalb kurzerhand von dem „Wehner-Plan" — sicher nicht, um ihn zu fördern.

WEHNER: Ich werde nicht zum erstenmal stellvertretend als Prügelknabe für die ganze SPD benützt. Der Plan ist sicher unter meiner lebhaften Teilnahme entstanden, aber er ist die Arbeit einer Kommission, in der sieben Abgeordnete miteinander gearbeitet haben, und er ist einstimmig von dem Arbeitskreis der Bundestagsfraktion der SPD und vom außenpolitischen Ausschuß des Vorstandes der SPD gutgeheißen worden, bevor die Beschlußkörperschaften selber beschlossen haben.

SPIEGEL: Die Moskau-Fahrer Carlo Schmid und Herr Erler sind auch Mitglieder dieser siebenköpfigen Kommission gewesen. Oder?

WEHNER: Carlo Schmid nicht. Carlo Schmid hat an den Einzelausarbeitungen nicht teilgenommen, aber er hat an den grundlegenden Besprechungen vor und nach der Fertigstellung der Entwürfe teilgenommen*.

SPIEGEL: Wir fragen, weil einer der Hauptpunkte, die man gegen den Plan, auf jeden Fall gegen den Zeitpunkt der Veröffentlichung ins Treffen geführt hat, ja der gewesen ist, daß man gesagt hat: Ganz offenkundig haben die enttäuschenden Erfahrungen, die Carlo Schmid und Erler von ihrer Moskaureise mitgebracht haben, und auch die Enttäuschung, die Herr Ollenhauer aus seinem Gespräch mit Chruschtschew mitgebracht hat, in der endgültigen Fassung dieses Planes keinen Niederschlag mehr gefunden. Man hat den Eindruck, als ob der Plan so herausgebracht worden ist, wie er formuliert war, bevor die Gespräche Ihrer Parteifreunde mit Chruschtschew stattgefunden haben.

WEHNER: Der Eindruck entspricht den Tatsachen. Aber ich würde nicht sagen, daß Carlo Schmid, Fritz Erler und Erich Ollenhauer enttäuscht von ihren Gesprächen zurückgekommen seien; sie sind zurückgekommen im Besitze von harten, aber authentischen Auslegungen der sowjetischen Vorstellungen. Aber was nun die Herausgabe des Planes betrifft, so standen wir — das will ich offen sagen — vor der Frage: Entweder muß man in dieser Lage den Versuch machen, eine Reihe von Vorschlägen in die Diskussion zu bringen, die im Rahmen dessen, was dem Westen möglich ist, Ansatzpunkte für Verhandlungen mit der sowjetischen Seite bieten können, oder man muß vor der russischen Position kapitulieren. Ich finde, daß die Alternativen zu diesem Plan eigentlich nur die russische Position oder — was auch darauf hinausliefe — das Verhandeln über eine isolierte Berlin-Lösung sind.

SPIEGEL: Nun wird aber gerade dieser Plan vom Bundeskanzler schon als Kapitulation vor den russischen Vorschlägen hingestellt — er hat dafür das Motto gefunden: „Mit Wehner in den Abgrund." Die Frage ist, ob die authentische Auslegung des sowjetischen Standpunktes, die Carlo Schmid und Erler heimgebracht haben, überhaupt Raum für diesen Deutschlandplan der SPD läßt. Die Öffentlichkeit hat ein bißchen den Eindruck gewonnen, als ob zumindest Carlo Schmid und Erler mit der Auffassung zurückgekommen sind, daß gar nichts mehr zu machen sei, selbst mit einem solchen Plan nicht.

WEHNER: Der sowjetische Standpunkt, wie er uns erläutert wurde, läßt Raum für solche Vorschläge. Aber ich gebe offen zu — wenn das ein Zugeben ist —, daß, wenn man weitere zwei Jahre verstreichen läßt, wahrscheinlich auch diese Ansatzpunkte keine mehr sein werden.

SPIEGEL: Sie sagen: Weitere zwei Jahre. Nun stehen aber Deutschlandverhandlungen der vier Mächte unmittelbar bevor, und da ist die Frage aufgeworfen worden, ob es richtig war, vor Beginn der eigentlichen Viererverhandlungen mit einem Plan herauszukommen, der nach den Worten des FDP-Fraktionsvorsitzenden Mende „praktisch die Übernahme des sowjetischen Standpunktes" bedeutet. Wir fragen: Bedeutet der Plan nicht tatsächlich weitgehend die Übernahme des sowjetischen Standpunktes, und war es jetzt schon an der Zeit, den Absichten der Sowjets so weit entgegenzukommen?

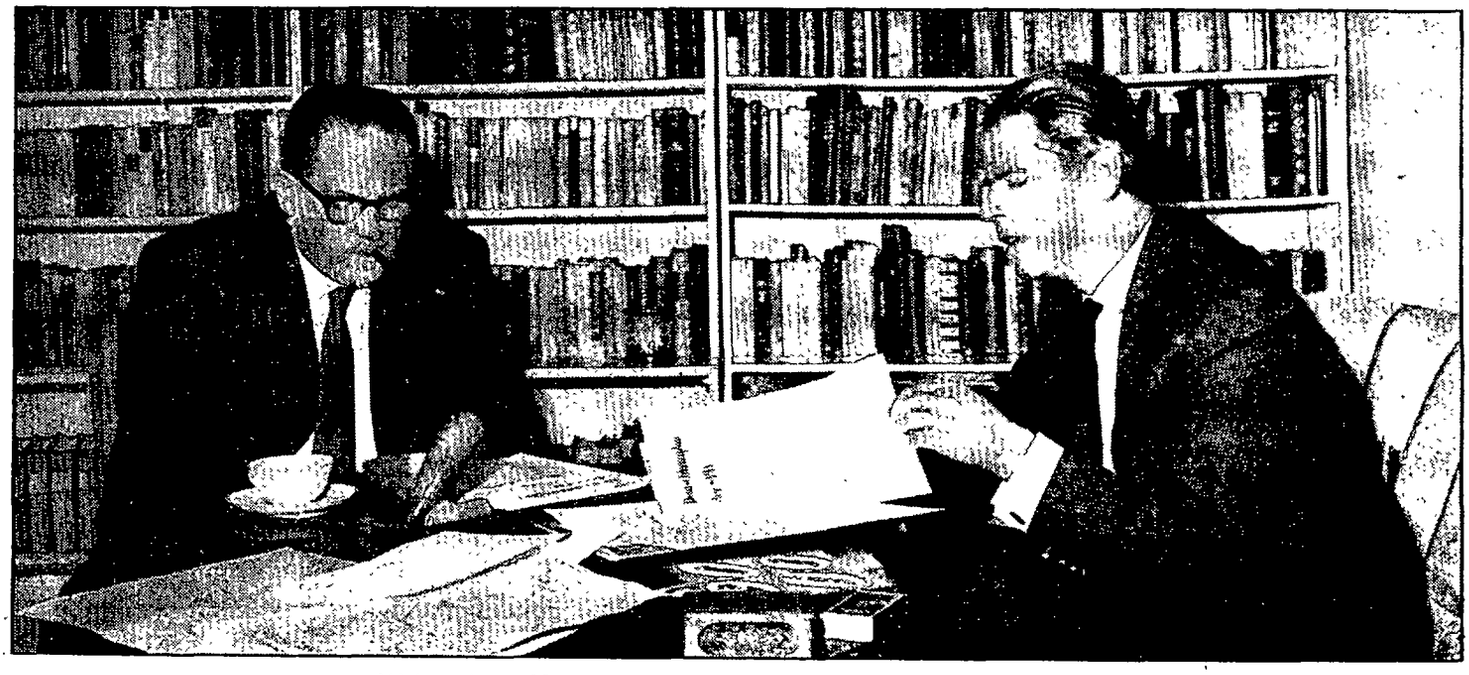
WEHNER: Ob vor Verhandlungen einen solchen Plan oder überhaupt einen Plan herauszugeben richtig ist, kann eine Streitfrage sein. Wir haben es für richtig gehalten und bleiben dabei, weil das, was bisher von den Westmächten und insbesondere von der Bundesregierung als das Gepäck, das sie an den Verhandlungstisch mitbringen will, bezeichnet wird, allzu dürftig ist, als daß man hoffen dürfte, es käme mehr heraus als eine modifizierte, isolierte Berlin-Lösung. Zu Herrn Mendes Bemerkungen äußere ich mich nicht. Denn ich erinnere mich noch an die Zeit, in der seine eigene Partei von seinen früheren Koalitionspartnern in ähnlicher Weise unter Feuer genommen worden ist.

SPIEGEL: Unterscheidet sich Ihr Plan in wesentlichen Punkten von den sowjetischen Plänen für einen Friedensvertrag, und welche Punkte wären dies?

WEHNER: Das sind zwei verschiedene Schuhe: der russische Friedensvertragsentwurf und der russische Standpunkt zur Deutschlandfrage schlechthin. Vom russischen Standpunkt zur Deutschlandfrage unterscheidet sich unser Plan dadurch, daß wir den Versuch gemacht haben wollen, gewisse grundlegende Richtlinien in einer Vereinbarung der vier Mächte für die Regelung der europäischen Sicherheit und der Deutschlandfrage niederzulegen und dann die beiden Teile Deutschlands

* Außer Wehner und Erler saßen in dieser Siebener-Kommission die Sozialdemokraten Dr. Heinemann, Kurt Mattick, Professor Meyer, Ernst Paul, Helmut Schmidt.

** Rechts: SPIEGEL-Redakteur Conrad Ahlers.



Wehner beim SPIEGEL-Gespräch in der Bonner SPIEGEL-Vertretung**

das, was innerdeutsch zu machen ist, machen zu lassen. In dem Falle sind wir, glaube ich, auch in der Linie der Bundestagsresolution vom Oktober, in der man ja gesagt hat, daß der Bundestag bereit sei, alle Verhandlungen zu unterstützen, die nach einer grundlegenden Vereinbarung der Vier notwendig sein werden.

SPIEGEL: Während die Russen ja seit längerem daran festhalten, daß die grundlegenden Vereinbarungen der Vier mit den Verhandlungen der „beiden deutschen Staaten untereinander" überhaupt nichts mehr zu tun haben sollen.

WEHNER: Sie wollen, daß das, was die deutsche Frage in ihrem Sinne jetzt darstellt, von den Deutschen allein behandelt wird. Wir hingegen sagen, es muß nur *ein wesentlicher Teil* von den Deutschen erledigt werden. Die Auffassung haben wir immer gehabt. Ich habe 1952 bei der Diskussion um den Entwurf für ein gesamtdeutsches Wahlgesetz im Bundestag gesagt: Kommt es zu einer Vier-Mächte-Vereinbarung, dann wird man mit den entsprechenden Stellen der anderen Seite Deutschlands alles Weitere machen müssen. Dagegen hat damals die CDU, wenn auch nicht sehr stark, protestiert. Wir haben später unter ungünstigeren Verhältnissen den Versuch gemacht -- bei der Genfer Konferenz —, auf solch eine Rahmenvereinbarung der vier Mächte hinzusteuern, und jetzt haben wir . . .

SPIEGEL: . . . einen letzten Versuch . . .

WEHNER: . . . den Versuch wiederholt, unter den jetzt gegebenen Umständen und Machtverhältnissen.

SPIEGEL: Sie sehen also noch die Möglichkeit eines gewissen Engagements der sowjetischen Seite in bezug auf eine Regelung der deutschen Frage.

WEHNER: Ich wüßte nicht, daß die Russen bisher widerrufen haben, was sie in ihrer Note vom 27. November vorigen Jahres erklärt haben, das Eintreten in Verhandlungen über die Vorbereitung eines Friedensvertrags würde das Überschreiten einer Schwelle bedeuten, und daß man dann zur Lösung der deutschen Frage als Ganzes kommen könnte. Den Versuch möchten wir machen.

SPIEGEL: Nun ist es aber so, daß man, wenn man diese Prämissen für gegeben ansieht, dann eben doch darauf angewiesen wäre, daß die Ulbricht-Leute in ernsthafte Verhandlungen eintreten würden oder in absehbarer Zeit zu ernsthaften Verhandlungen durch die Verhältnisse gezwungen würden. Man kann da nun sehr skeptisch sein, solange das Ulbricht-Regime so wenig Willen zeigt, sich in Richtung einer größeren Liberalisierung und Humanisierung zu wandeln.

WEHNER: Ulbricht hat heute den Vorzug, den sonst keine kommunistische Partei eines zum westlichen Bereich gehörenden Landes hat, über einen staatlichen Apparat zu verfügen, und diese Position nützt er aus. Solange wir im größeren Teile Deutschlands nicht bereit sind und uns nicht imstande fühlen, ihn in eine Lage zu bringen, in der er zunächst auf dem Umweg über eine Anzahl sogenannter technischer Beziehungen mit den übrigen politischen Kräften umgehen und verhandeln muß, so, wie es einer Partei zukommt, die nur ein Teil eines Ganzen ist — solange wir das nicht tun, wird er von diesem Vorzug profitieren, in dem ihm überlassenen Teil, diesem Naturschutzpark DDR, zu machen, was ihm paßt.

SPIEGEL: Wie sollen wir aber Ulbricht dazu bekommen, von dem Maximalprogramm, das er sich gesetzt hat, herunterzugehen? Wir dürfen ja unterstellen, daß er in Wahrheit die Wiedervereinigung nicht will und auch nicht wollen kann . . .

HERBERT WEHNER

— am 11. Juli 1906 als Sohn eines Schuhmachers in Dresden geboren — spielt in der SPD heute kraft seines Amtes als stellvertretender Parteivorsitzender und seines Einflusses auf die Funktionäre in den Landesverbänden die entscheidende Führungsrolle.

SEINER PASSION für die Politik und der überragenden Stellung in der eigenen Partei entspricht das Maß der Abneigung, die er bei seinen Kontrahenten in der Bonner Koalition auf sich gezogen hat. Kanzler Adenauer spielt bei seinen stereotypen Ausfällen gegen Wehner auf dessen kommunistische Herkunft an: „Wehner spricht die Sprache der SED." Wehner hingegen apostrophiert den Kanzler, den er für einen Widersacher der deutschen Einheit hält, als „Nachgeburt des Führers". Die Nachricht von Adenauers Präsidentschafts-Kandidatur kommentiert er: „Es ist so schön, daß es kaum wahr sein kann."

Der Politik ergab sich Wehner schon mit sechzehn Jahren, damals kaufmännischer Lehrling, bald darauf Kursant einer Verwaltungsschule und Studierender der Betriebs- und Volkswirtschaftskunde. Seine Berufswahl führt ihn aus dem Kaufmännischen in die Journalistenbranche; das Leitbild des Klassenkampfes lockt ihn von der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, einem Anhängsel der SPD, in die radikale Syndikalistische Arbeiterföderation und zum Salon-Anarchisten Erich Mühsam.

1927 orientiert sich Wehner auf die KPD, „um aktiv arbeiten zu können". Im Kader reüssiert er blitzschnell: 1928 Bezirkssekretär Ostsachsen der Roten Hilfe; 1929 Sekretär Ostsachsen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition; 1930 (24 Jahre alt) stellvertretender politischer Sekretär des KPD-Bezirks Sachsen, sächsischer Landtagsabgeordneter, stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion; 1931 im Zentralkomitee der KPD ständiger Begleiter des KPD-Chefs Ernst Thälmann.

NACH HITLERS Regierungsantritt zunächst in Deutschland, danach in Frankreich, Belgien, Holland und der Tschechoslowakei illegal aktiv, wird Wehner 1935 von der Prager Polizei in die Sowjet-Union abgeschoben. Dort, auf einem Parteitag der nach Moskau exilierten KPD, rückt er als stimmberechtigtes Mitglied ins Zentralkomitee auf.

1936, unmittelbar nach Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs, sammelt Wehner in Paris die ersten KPD-Freiwilligen für eine „Centurio Thälmann". Ein halbes Jahr später zwecks Rechtfertigung nach Moskau zitiert, gerät er in die Fänge des sowjetischen NKWD. Komintern-Generalsekretär Dimitroff rehabilitiert ihn und schickt ihn 1941 nach Stockholm, wo Wehner eine neue KPD-Zentrale einrichtet. Das Stockholmer Amtsgericht verurteilt ihn zu einem Jahr Zuchthaus; Grund: „Versuch, die Regierung eines mit Schweden freundschaftlich verbündeten Landes (Deutschland) zu stürzen."

DIE KARRIERE Wehners in der SPD beginnt im Oktober 1946 Dank der Protektion Kurt Schumachers, des ersten Nachkriegs-Parteiführers, der sich dem zum liberalen Sozialismus Konvertierten freundschaftlich verbunden fuhlt, rangiert Wehner alsbald in der Spitzengruppe der Partei. Gleich im ersten Bundestag sitzt er dem Bundestagsausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen vor. Überdies ist er seither meistbeschäftigter Multi-Funktionär im Parlament und in der Partei. Der Stuttgarter Parteitag der SPD, im Mai vorigen Jahres, wählte ihn — neben dem Bayern von Knoeringen — zum Stellvertreter des Parteivorsitzenden Ollenhauer.

WEHNER: . . . gewisse andere Leute auch nicht . . .

SPIEGEL: . . . und daß die Sowjets ihn nicht sonderlich drängen würden. Oder glauben Sie an eine eigengesetzliche Entwicklung, der auch Ulbricht sich nicht entziehen könnte?

WEHNER: Was erreichbar ist — ich möchte sagen, *noch* erreichbar ist —, ist auf dem Wege über eine Regelung der militärischen Sicherheitsfragen eine Unterordnung der DDR und der Bundesrepublik unter eine gemeinsame übergeordnete, von ihnen selbst anzuerkennende Kontrolle, wobei ich das Wort im weitesten Sinne verstanden wissen möchte. Gibt es das, dann ist Ulbricht weniger frei, sich in Beziehung zu dem westlichen Teile Deutschlands zu verhalten, als er es ist, wenn er nicht unter einer solchen gemeinsamen Kontrolle steht.

SPIEGEL: Das bedeutet nun allerdings den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, und von westlicher Seite wird uns ja immer wieder versichert, dieser Verzicht sei so schwerwiegend, daß man dafür unmittelbar im Gegenzug einen Preis einhandeln müsse. Man wirft dem Deutschlandplan der SPD vor, er bringe eine Vorleistung, ohne daß die Gegenleistung fest vereinbart worden wäre, so daß die Sache möglicherweise ein einseitiges Geschäft bliebe.

WEHNER: Für die sowjetische Seite wie auch für den Westen ist es intern längst klar, daß eine militärische Regelung über europäische Sicherheit politische Änderungen unvermeidlich im Gefolge hat, und insofern handelt es sich hier nicht um eine Vorleistung in dem Sinne, daß man etwas gibt, für das man später nichts bekommt.

SPIEGEL: Allein der Verzicht auf atomare Bewaffnung in den beiden deutschen und den anderen Ländern der von Ihnen projektierten „Entspannungszone" würde solche begrüßenswerten Veränderungen wohl noch nicht mit sich bringen?

WEHNER: Natürlich nicht. Nach unserem Plan sollen ja auch alle ausländischen Streitkräfte das Gebiet der Entspannungszone verlassen. Wenn sowjetische Truppen nicht mehr auf deutschem Boden stehen, sind gewisse politische Änderungen auf deutschem Boden unvermeidlich; solange sie auf deutschem Boden stehen, sind sie so gut wie unmöglich.

SPIEGEL: Würde ein Abzug der westlichen Truppen auch bei uns politische Wandlungen im Gefolge haben?

WEHNER: Die demokratische Grundordnung würde sich sicher nicht ändern. Wir sind der Meinung — und hier unterscheiden wir uns offensichtlich stark von der Regierung —, daß ein geregelter, gleichwertiger Abzug der Truppen und der Verzicht auf atomare Ausrüstung in einem bestimmten vereinbarten Gebiet die Lösung politischer Fragen, die heute unlösbar sind, ermöglichen wird. Hier stehen wir auch aus der Erfah-

DEUTSCHLAND-PLAN DER SPD

Die Sozialdemokraten gliedern ihr Programm zur deutschen Frage in sechs Punkte, die durch internationale Vereinbarungen verwirklicht werden sollen, und — für die innerdeutsche Regelung — in einen Drei-Stufen-Plan:

1. Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt.

2. Innerhalb dieser Entspannungszone und ihrer möglichen Erweiterungen treten Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichwertigen Abzug der Fremdtruppen der NATO und des Warschauer Paktes in Kraft.

Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen. Solche Waffen der im Zonenbereich noch stationierten Fremdtruppen werden ‚eingefroren', das heißt weder vermehrt noch verstärkt. Nach Abschluß der in raumlichen und zeitlichen Phasen genau festzulegenden ‚militärischen Verdunnung' ist die Entspannungszone frei von Fremdtruppen und von Atom- und Wasserstoffwaffen.

3. Alle Vereinbarungen über die Rustungsbeschrankungen und über das gleichwertige Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegenuberstehenden Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes sind vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle zu sichern.

4. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone ist durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR, zu garantieren.

5. Mit dem Wirksamwerden des europäischen Sicherheitssystems scheiden die in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Pakt aus. Die Staaten in der Entspannungszone werden dann im Rahmen dieses europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und europaischen Sicherheit mit angemessenen Leistungen beitragen.

6. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage. Verpflichtung der vier Mächte auf die Respektierung der Westberlin betreffenden Bestimmungen, die nach Aufhebung der Blockade 1949 als gultig erklärt und auch zur Zeit des Abkommens vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der DDR als gultig anerkannt worden sind . . .

Die bestehenden Wirtschaftsverfassungen, Außenhandelsbeziehungen und langfristigen Verträge bleiben zunächst unberührt, soweit nicht ausdrücklich nachstehend Änderungen vorgesehen werden. Beide Regierungen verpflichten sich zur Politik der Vollbeschäftigung und zur Garantie des sozialen Besitzstandes.

DIE ERSTE STUFE

Die politische Zusammenführung beginnt in der ersten Stufe mit der Bildung einer gesamtdeutschen Konferenz. Beide deutschen Regierungen entsenden Beauftragte auf der Grundlage der Parität.

Die gesamtdeutsche Konferenz hat die Aufgabe, Regelungen uber innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren. Soweit diese Regelungen der Zustimmung verfassungsmäßiger Organe der Teile Deutschlands bedürfen, bleiben deren Zuständigkeiten unberührt . . .

Die gesamtdeutsche Konferenz setzt zur Wahrung der Einheitlichkeit in der Auslegung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein gesamtdeutsches Gericht ein, das in letzter Instanz entscheidet. Seine Mitglieder werden auf die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereidigt . . .

Die Embargo-Bestimmungen gegenüber der DDR und die güterwirtschaftlichen Kontingentierungen durch die Bundesrepublik müssen fortfallen. Der Interzonenhandel muß ausgeweitet werden, weitere Zonengrenzübergänge sind zu öffnen.

Ein gesamtdeutscher Investitionsfonds und die Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich werden gebildet. Der Fonds hat Investitionen in das Verkehrs- und Energieversorgungsnetz sowie zur Anpassung der beiden Volkswirtschaften zu planen und zu finanzieren. Die Bank wickelt die Zahlungen im Rahmen des innerdeutschen Handels und des Investitionsfonds ab . . .

DIE ZWEITE STUFE

In der zweiten Phase der politischen Zusammenführung wird ein gesamtdeutscher parlamentarischer Rat errichtet. Seine Mitglieder, die in ganz Deutschland Immunität genießen, werden je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt. Die gesamtdeutsche Konferenz schreibt diese Wahl aus.

Dem gesamtdeutschen parlamentarischen Rat wird die gesetzgeberische Zuständigkeit insbesondere fur Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschiffahrt, Post und Fernmeldewesen und zur Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung übertragen. Er hat ferner die Befugnis, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und den gewerblichen Rechtsschutz zu regeln. Gegen die von ihm erlassenen Gesetze kann jede der beiden Regierungen in einer bestimmten Frist Einspruch erheben. Der gesamtdeutsche parlamentarische Rat kann diesen Einspruch mit Zweidrittelmehrheit zurückweisen . . .

DIE DRITTE STUFE

In der dritten Stufe der Zusammenführung befaßt sich der gesamtdeutsche parlamentarische Rat mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zollunion, zur Währungsunion und zur sozialpolitischen Anpassung.

Eine gesamtdeutsche Willensbildung kann auch durch Volksabstimmungen herbeigeführt werden. Auf Antrag von einer Million Wahlberechtigter wird ein Gesetzentwurf einheitlich in beiden Teilen Deutschlands zur Volksabstimmung gestellt. Widerspricht eine der beiden Regierungen, so kann die Volksabstimmung nach einem Jahr wiederholt werden und wird dann verbindlich.

Volksabstimmungen sind ausgeschlossen, wenn sie eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse oder die Beseitigung der Legislativ- und Exekutivorgane in beiden Teilen Deutschlands zum Ziel haben.

Der gesamtdeutsche parlamentarische Rat ist befugt, jederzeit mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz für die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung zu erlassen. Ist er hierzu nicht in der Lage, so erhält für diesen Fall eine Volksabstimmung uneingeschränkte Gesetzeskraft, wenn zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen sich für die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung aussprechen . . .

Nach dem Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung werden allgemeine, freie und geheime Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament abgehalten. Aus ihm geht die gesamtdeutsche Regierung hervor . . .

rung heraus anders als die Bundesregierung, die vielleicht noch der Vorstellung anhängt, sie könne durch Rüstung — Wettrüsten einschließlich des atomaren Wettrüstens — die sowjetische Seite zu einem Zugeständnis bringen, falls das mit dem Zugeständnis überhaupt ernst gemeint war.

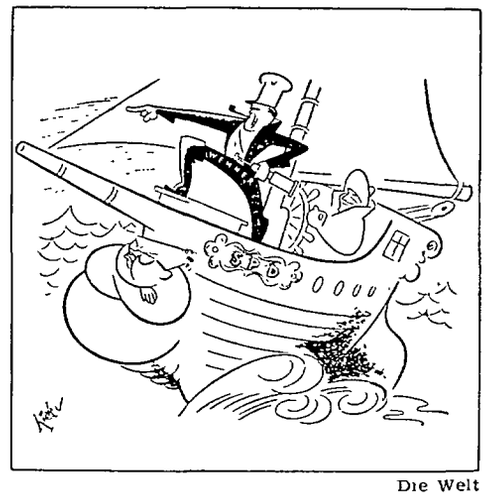
SPIEGEL: Sie halten es also für eine Illusion, wenn man das Junktim zwischen politischen und militärischen Lösungen erzwingen will?

WEHNER: Ich halte es deswegen für eine Illusion, weil ich kommen sehe, daß es beim Wettrüsten bleibt, wenn man auf dem Junktim besteht.

SPIEGEL: Und daß sich daraus eine reale Kriegsgefahr angesichts der immerhin unleugbaren diffizilen Verhältnisse in Mitteleuropa dann doch ergeben kann?

WEHNER: Ja. Die Beseitigung der Kriegsgefahr, die Überwindung der Kriegsgefahr ist ein Wert für sich.

SPIEGEL: Nun ist aber die Formel „gleichwertiger Abzug der Fremdtruppen aus der Entspannungszone" insofern ja problematisch und wird von vielen Verantwortlichen des Westens kritisiert . . .



Die Welt

„Links müßt ihr steuern . . .!"

WEHNER: Vor allen Dingen von den Generalen, ja.

SPIEGEL: . . . weil der Rückzug der Amerikaner aus Deutschland im Endeffekt gleichbedeutend sein könnte mit dem Rückzug der Amerikaner vom Kontinent — so sagt es uns General Norstad.

WEHNER: Diese Logik habe ich nie verstanden. Wenn Sie sich allerdings den französischen Standpunkt zu eigen machen, daß amerikanische Truppen zwar schön sind, aber nur, wenn sie auf deutschem Boden stehen, aber nicht schön sind und nützlich sind, wenn sie auf französischem Boden stehen, dann ist wahrscheinlich überhaupt kein Fortschritt zu erzielen. Dann unterliegen wir dem Beharrungsvermögen dieser politisch-militärischen Erwägungen. Wir haben weder die Nato gegründet noch haben wir die Absicht, die Nato zu zerstören. Die Nato war da, ehe die Deutschen dazu aufgefordert wurden, ihre Truppen dazu zu stellen; heute können Sie lesen — das gibt's wahrscheinlich nur in Bonn —: „Zehn Jahre Nato — Zehn Jahre Sicherheit!" Aber wir haben über die Nato in diesem Zusammenhange nichts gesagt. Wenn sie ist, was sie sein soll oder will, dann muß sie daran nicht zugrunde gehen, daß hier auf Vereinbarung mit der anderen Seite ein Gebiet entsteht, in dem sie nicht unmittelbar wirkt, sondern nur mittelbar. Mittelbar wirkt sie ja weiter.

SPIEGEL: Zu Ihrer Entspannungszone sollen nicht nur die beiden Teile Deutschlands, sondern auch Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn gehören, die dann später — genau wie die Bundesrepublik aus der Nato — aus dem Warschauer Pakt austreten können. Meinen Sie, die Sowjets könnten sich dazu verstehen, Ungarn aus ihrer Schutzherrschaft zu entlassen?

WEHNER: Wir haben hier — das sage ich Ihnen offen — eine Anregung der britischen Labour Party aufgenommen. Das ist Gaitskells Idee, und er hat bisher den Eindruck gehabt, daß man dieser Anregung auch vom Osten her nicht ausgesprochen Widerspruch entgegengesetzt hat.

SPIEGEL: Gaitskell hat uns bei anderer Gelegenheit gesagt, er sei nicht sicher, daß Ungarn diese Chance hätte, aber es bestehe doch die Verpflichtung, Ungarn erst einmal auf den Tisch zu legen, um nicht von vornherein Ungarn, das ja eine Menge gelitten hat, aus dieser Zone herauszunehmen wie etwa Bulgarien. Das hielt er nicht für richtig, und das wäre vielleicht auch nicht richtig.

WEHNER: Nein. Herr Strauß hat ja sogar Albanien mit einbezogen, vielleicht wollte er dadurch Jugoslawien helfen, wer weiß, weil die so verfeindet sind. Und Adenauer hat gesagt, man soll so etwas am Nordpol machen. Wir haben gesagt, man soll es da machen, wo Leute wohnen und nicht nur Seetiere.

SPIEGEL: Herr Wehner, Ihr Plan hat erklärtermaßen zum Ziel, die Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Teilen Deutschlands bis zum Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung sicherzustellen. Was ist darunter zu verstehen?

WEHNER: Darunter kann sehr viel verstanden werden. Wir haben hier von Menschenrechten und Grundfreiheiten geredet, ohne einen Katalog aufzustellen und auch ohne uns nur an eine vage Interpretation von Menschenrechten und Grundfreiheiten zu halten, wie sie etwa in der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen zu finden ist. Wir denken hier schon an eine Abmachung, die getroffen werden muß.

SPIEGEL: Welcher Art?

WEHNER: Zum Beispiel die Freizügigkeit, um ein Problem zu nennen, das heute viele bedrückt, die man auch nur, wenn man damit beginnt, in einem gewissen bescheidenen Umfang gewährleisten kann, aber womit ein Anfang gemacht werden müßte. Wahrscheinlich ist hier auch interessant, und viele wird es interessieren, ob das heißt, daß sofort das Recht auf die Bildung von Parteien damit gemeint ist. Das ist nicht unbedingt gemeint.

SPIEGEL: Diese Frage wollten wir stellen.

WEHNER: Dieses Recht an den Anfang zu stellen, hieße, von vornherein jeden Versuch zu einer stufenweisen Zusammenführung kaputtzuschlagen, weil die andere Seite diese Freiheit der Bildung und der Betätigung von Parteien unter den Umständen, die heute dort herrschen, nicht zugestehen würde und nicht zugestehen kann. Also finden Sie das in unserem Plan in einer späteren Stufe.

SPIEGEL: Sie sagen: Spätere Stufen. Ein Haupteinwand gegen Ihren Plan geht nun dahin, daß Ulbricht die zweite und alle weiteren Stufen verhindern kann, nachdem die erste Stufe mit Annahme Ihrer Vorschläge in Kraft getreten ist. In der zweiten Stufe Ihres Planes taucht zum erstenmal das Wort Wahlen auf. Wäre in dieser sogenannten „zweiten Stufe" unter politischen Grundfreiheiten die Zulassung freier demokratischer Parteien in der DDR zu fordern und zu verstehen, oder wäre das auch dann noch möglicherweise auf eine spätere Stufe zu verschieben? In der Urfassung Ihres Planes war für die „zweite

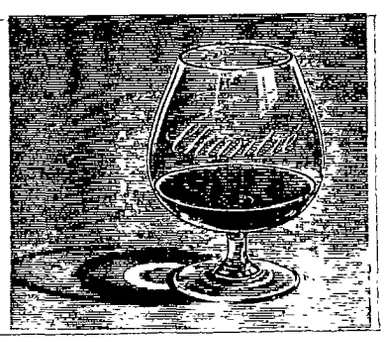


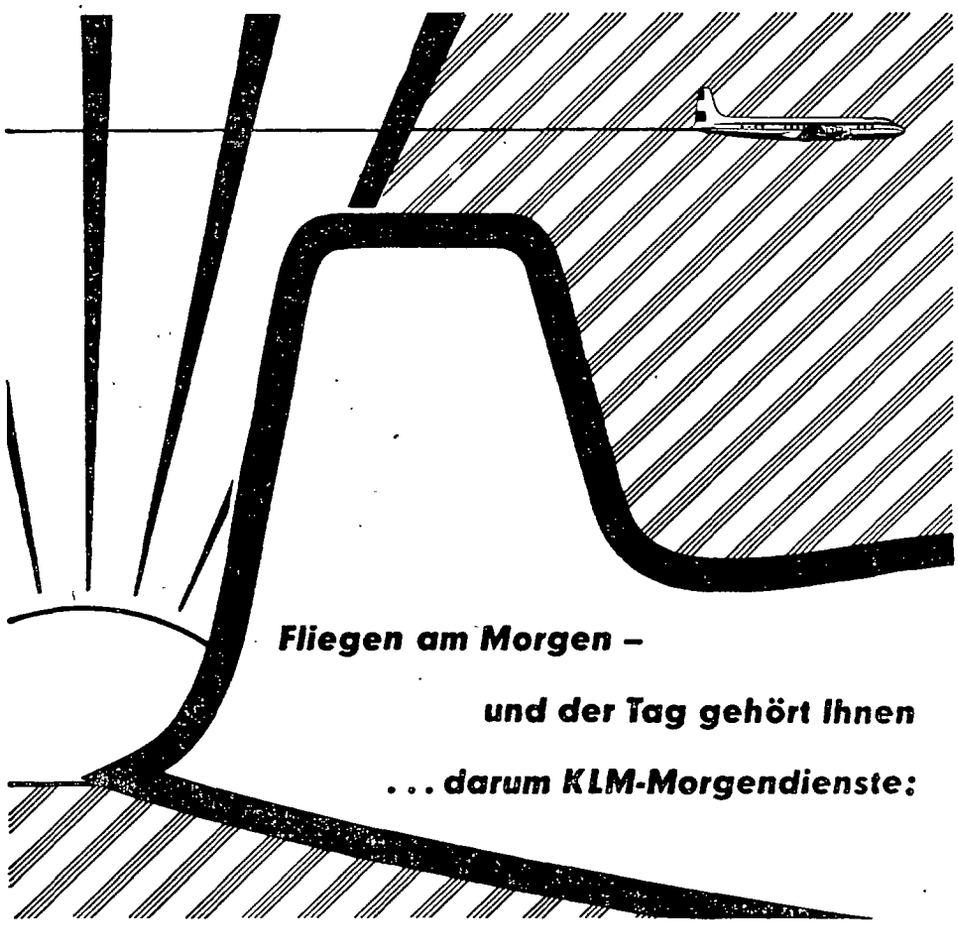
Wie gewinnt man beim Skatspiel?

A) man hat einige Reserve-Trümpfe bereit
B) man hofft, daß die anderen verlieren
C) man serviert der Skatrunde Chantré

Natürlich ist C) die beste Lösung.
Denn wie das Spiel auch ausgeht – Chantré bedeutet immer einen Gewinn für den Abend.
Dieser reine, reife Weinbrand hebt die Stimmung und schafft Atmosphäre. Und wer Chantré anbietet, beweist damit Kennerschaft und guten Geschmack.

CHANTRÉ





Jetzt täglich vom Rhein-Ruhrgebiet (Düsseldorf)
vom Rhein-Maingebiet (Frankfurt a. M.)
vom süddeutschen Raum (Stuttgart, Nürnberg, München)
von Niedersachsen (Hannover)
— und wie bisher ab Hamburg und Bremen

nach Amsterdam und dort
täglich Anschlüsse an das **gesamte KLM-Europanetz**
erhöhte Auswahl von USA-Flügen durch Einführung von Tagesflügen — auch NON-STOP
ausgezeichnete Anschlüsse an das gesamte KLM-Weltstreckennetz

Das bedeutet: Durch großzügige Flugdienst-erweiterung erleichterte Wahl des Flugreisetages!
Kein umständliches Suchen nach Anschlüssen!
Und selbstverständlich bestehen daneben die **gesamten KLM-Abendverbindungen!**

Erfahrene Fluggäste wissen: ***über Amsterdam geht's immer!***

Auf allen Flügen wird auch Luftfracht befördert. Ihr Spediteur berät Sie gern.

Nähere Einzelheiten erfahren Sie bei Ihrem Reisebüro, Ihrem Luftfrachtspediteur und bei allen KLM-Niederlassungen

IN ALLER WELT
KLM
KÖNIGLICH-NIEDERLÄNDISCHE LUFTVERKEHRSGESELLSCHAFT

Stufe" noch eine „allgemeine, geheime Wahl" vorgesehen, wohingegen in der endgültigen Fassung nur noch davon gesprochen wird, daß die Mitglieder des gesamtdeutschen Rates „je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt werden sollen".

WEHNER: Für die Wahlen zur Nationalversammlung ist unabdingbar, daß die Freiheit der Parteien in allen Teilen Deutschlands gesichert und gewährleistet sein muß. Wenn es um die Wahl eines solchen paritätisch zusammengesetzten parlamentarischen Rates geht, wie wir ihn vorgeschlagen haben, kann das noch anders sein, und es kann doch schon eine gewisse Lockerung des gegenwärtigen Zustandes bedeuten. Die Wahlordnung, die während der ersten Stufe ausgearbeitet werden muß, soll, wenn möglich, völlig freie Wahlen vorsehen, aber eine spürbare Auflockerung der Unfreiheit wäre auch schon ein entscheidender Gewinn.

SPIEGEL: Nun haben wir allerdings die Erfahrung gemacht, daß es äußerst mißlich ist, mit der Sowjet-Union oder überhaupt einem kommunistischen Regime Verträge zu schließen, die sich gegen das Interesse der Sowjet-Union oder dieses kommunistischen Regimes unmittelbar richten. Wir wollen damit nicht etwa eine generelle Vertragsuntreue der Sowjets behaupten, wie das in Bonn zum guten Ton gehört; wir möchten nur darauf hinweisen, daß man ein Regime schwerlich vertraglich dazu verpflichten kann, sich selber aushöhlen zu lassen, und daß da auch ein Gerichtshof, wie ihn der Deutschlandplan der SPD vorsieht, wenig nützen könnte. Der Gerichtshof wäre ja auch wieder nur paritätisch besetzt und damit eine Farce.

WEHNER: Wenn Sie unterstellen, daß das Interesse der Sowjet-Union die unbedingte Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes in der DDR ist, dann wäre es sicher unmöglich, überhaupt einen Schritt weiter zu kommen. Ich glaube, man kann und muß doch annehmen, daß es auch im Bereich des Interesses der Sowjet-Union liegen könnte, es mit einem Deutschland zu tun zu haben, in dessen einem Teil nicht so wie heute die SED unumschränkt, aber höchst angefochten herrscht, das dafür aber ein freundlicheres, kooperativeres Gesicht nach Osten zeigt. Die Bundesregierung hat mit eben dieser Perspektive all unsere früheren Versuche, auch den realen Interessen der Sowjet-Union gerecht zu werden, totgeschlagen.

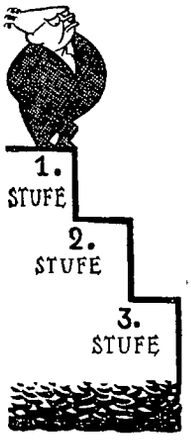
SPIEGEL: Aber die Sowjets als gelernte Marxisten gucken natürlich weniger nach den Verträgen, die irgendwo abgeschlossen werden, sondern vielmehr nach dem gesellschaftlichen Zustand in einem Lande. Wenn Sie sagen, daß auch die Sowjets Interesse an einem wiedervereinigten Deutschland haben könnten, so ist doch die Frage, ob sie Interesse an einem wiedervereinigten Deutschland haben könnten, das nicht kommunistisch und auch nicht radikal sozialistisch strukturiert ist. Diese Frage ist auch in dem Gespräch zwischen Chruschtschew und Ihren Freunden offengeblieben, und sie kann auch von uns hier gar nicht beantwortet werden.

WEHNER: Nein. Ich muß nur sagen, im Falle Österreich hat man auch die ganze Zeit und haben vor allen Dingen die approbierten Kreml-Astrologen geweissagt, daß eine Lösung, wie sie tatsächlich geworden ist, unmöglich wäre — aus dem russischen Interesse heraus.

SPIEGEL: Immerhin waren im Falle Österreich keine gesellschaftlichen Zustände geschaffen worden, die die Sowjet-Union hätte aufgeben müssen. Das war ja der Vorteil der österreichischen Lösung, daß Österreich als eine gesellschaftliche Einheit erhalten geblieben war, was man von uns leider ganz und gar nicht sagen kann.

WEHNER: Nein. Aber Sie müssen auch hier bei Ihrer Fragestellung einmal abwägen, ob Sie ins Feld führen wollen, daß der von uns vorgeschlagene Weg mit dem Interesse der Sowjet-Union unvereinbar sei, oder ob Sie ins Feld führen wollen, daß er mit dem Interesse des Westens und seinem System unvereinbar sei. Ich glaube, daß das, was Sie als gesellschaftliche Veränderungen bezeichnen, durchaus in den Rahmen eines zusammenzuführenden Deutschlands hineinpassen könnte und daß es so, wie wir heute stehen, noch nicht unvereinbar wäre mit der Gewährleistung persönlicher und staatsbürgerlicher Freiheit in ganz Deutschland.

SPIEGEL: Sie haben in diesem Zusammenhang selbst gesagt, Herr Wehner, daß das gesamte Deutschland vielleicht doch noch der soziale Rechtsstaat werden könne, der offenbar nach Ihrer Ansicht die Bundesrepublik bislang nicht geworden ist. Nun erhebt sich für viele bürgerlich orientierte Leute in Deutschland die Frage, ob Sie damit haben sagen wollen, das gesellschaftliche System der Sowjetzone, wie es jetzt besteht, und das gesellschaftliche System der Bundesrepublik, wie es jetzt besteht, müßten sich einander annähern und irgendwo auf einer mittleren Linie, die vielleicht mehr zu uns als zur Sowjetzone, zur DDR, hin liegt, treffen. Haben Sie das sagen wollen, hegen Sie solche Vorstellungen?



Deutschlandplan in drei Stufen

WEHNER: Wenn ich vom sozialen Rechtsstaat gesprochen habe, so habe ich es in Auseinandersetzung mit der Auslegung getan, die der Bundesminister des Innern, Dr. Schröder, diesem Begriff gibt. Der behauptet ja — darüber habe ich im vorigen Jahr mit ihm einmal im Bundestag gestritten —, daß der Begriff sozialer Rechtsstaat so, wie er im Grundgesetz steht, ausgefüllt werde durch die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung; so daß derjenige, der etwas fordere oder wolle oder verlange oder erstrebe in Richtung des sozialen Ausbaues, sich schon entweder am Rande oder außerhalb des Grundgesetzbereiches befinde. Ich bin also dafür, daß der Begriff sozialer Rechtsstaat auch den Beitrag, den die Sozialdemokraten zu geben imstande sind, vertragen und umfassen kann.

SPIEGEL: Aber ...

WEHNER: Lassen Sie mich einen Irrtum richtigstellen. Meine Ansicht ist: Wenn erst einmal alle die außenpolitischen Vorstellungen und Illusionen, deren man sich bisher bedient hat, zu den Akten gelegt sein werden, dann gibt es als Hilfsmittel, um doch noch zu einer Vereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit zu kommen, nur noch die Vorstellung, wie die Bundesrepublik als jener sozialer Rechtsstaat, den auch die breiten arbeitenden Schichten als solchen anerkennen, im Wettbewerb mit dem, was auf der anderen Seite der Zonengrenze sich entwickelt, soviel wie möglich vom anderen Bereich durchdringen kann.

SPIEGEL: Heißt das nicht: die internationale Patt-Stellung der Weltmächte schematisch auf die Verhältnisse zwischen beiden Teilen Deutschlands zu übertragen?

WEHNER: Wenn Sie von mittlerer Linie sprechen — in der deutschen Diskussion wird das sofort mißverstanden und schief ausgelegt. Wenn aber zum Beispiel ein

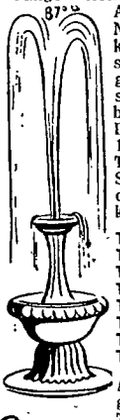


10 Pf.

MEMPHIS-FILTER
in der grünen Spiegelpackung
echt Kork
Rein Orient

AUSTRIA
MÜNCHEN

ZUR HEILUNG
Abano Terme
(nahe Venedig und Padua)
im milden italienischen Frühling
Europas führendes, altbewährtes Fango Heilbad gegen Rheuma, Arthritis, Knochenbruch - Folgen, Neuralgien, Frauenleiden. Aus Vulkanboden brodeln mit 87 Grad Celsius die radioaktiven Quellen. Kurgäste aus aller Welt rühmen die schonenden und überaus heilbringenden Kuren von Abano Terme. Die acht bestempfohlenen Hotels 1. und 2. Kat. sind mit eigenen Thermen, Kurabteilungen und Schwimmbad ausgestattet und auf die Ansprüche verwöhnten Publikums eingestellt.



Terme Palace Meggiorato 1. Kat.
Terme Trieste & Victoria 1. Kat.
Terme Due Torri Morosini
Terme Flora Splendid
Terme Europa
Terme Milano, geöffnet ab 15. 4.
Terme Savoia Todeschini
Terme Salus

Auskünfte/Prospekte bei den acht genannten Kurhotels in ABANO TERME (Italien)

LEODENT

Zahnprothesen immer wie neu

Jede LEODENT-Reinigungstablette tötet selbsttätig Bakterien. Mühelos wird die Prothese sauber und frei von Geruch. Röhrchen zu 30 Tabletten (Monatsbedarf) DM 1.50. Kein Abmessen mehr! – Nach wie vor ist LEODENT aber auch in Pulverform erhältlich: gr. Packung DM 2.50; kl. Pakkung DM 1.50.

Für festen Sitz Ihrer Zahnprothese sorgt LEODENT-Haftpulver. Streudose DM 1.50.

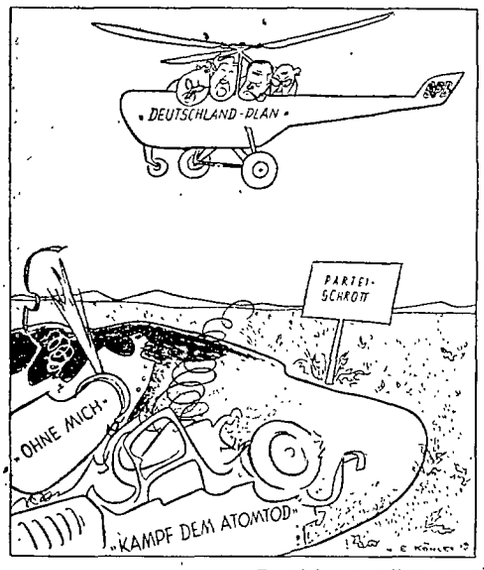
LEO-WERKE · FRANKFURT/M

Nur LEODENT gibt es in der praktischen Tablettenform

Pole einem sagt, die Schwierigkeiten, die es heute noch gibt, könnten überwunden werden und müßten dadurch überwunden werden, daß die heute kommunistisch regierten Länder sich etwas nach rechts entwickeln, während die heute außerhalb dieses Bereiches liegenden kapitalistischen Länder sich etwas nach links entwickeln, und wenn da hinzugefügt wird: so wie es etwa den Vorstellungen der britischen Labouristen und der SPD entspricht — so klingt das schon anders, als wenn wir es hier in unsere westdeutsche Wirtschaftswunderlichkeit hineinsagen würden.

SPIEGEL: Das heißt, Sie meinen also, daß die Vereinigungsbereitschaft auch von der östlichen Seite wachsen würde, wenn Teile dessen, was sie nun unter sozialistischen Errungenschaften drüben verstehen, auch hier einer Verwirklichung nähergeführt werden würden, so daß dann gewisse Vorbehalte, die der Osten, zu Recht oder zu Unrecht, gegenüber unserem gesellschaftlichen System herausstellt, abgebaut werden würden?

WEHNER: Ich denke nicht daran, daß der Osten — wenn man den Begriff so



Frankfurter Allgemeine

„Genossen — wir sind doch nicht schon wieder im luftleeren Raum?"

nimmt — seine Vorbehalte gegen die gesellschaftlichen Vorstellungen außerhalb seines Machtbereiches aufgeben wird, aber ich denke daran, daß es Bereiche geben kann, in denen er es nicht für unmöglich halten wird, daß Kräfte seiner Richtung mit im Spiel sind, ohne die Herrschaft auszuüben.

SPIEGEL: Sie erwähnten eben Polen. Nun ist es ja wohl so, daß in Polen eine sehr viel echtere gesellschaftliche Entwicklung stattgefunden hat als in der DDR, wo man sagen kann: Von unten her hat überhaupt keine Entwicklung stattgefunden, alles ist dekretiert worden. Es müßte erst noch mit gesellschaftlichem Leben ausgefüllt werden. Vor dieser Schwierigkeit stehen wir ja immer wieder. Insofern kann es keinen echten Kompromiß zwischen dem gesellschaftlichen Zustand der Bundesrepublik und dem gesellschaftlichen Zustand der DDR geben, weil der gesellschaftliche Zustand der DDR die Kräfte der Bevölkerung nicht wiedergibt.

WEHNER: Das ist wahr. Nun haben wir es eben jetzt mit einer Tatsache zu tun, mit gewissen Wirtschaftsordnungs-Bestandteilen auf der anderen Seite, denen gegenüber wir uns klar werden müssen, ob wir sie mitverdauen können oder ob wir es für richtiger halten, sie außenvor zu lassen, um den Preis, daß es zu keiner deutschen Einheit kommen kann

SPIEGEL: Ja, aber Sie sagten eben, daß die Verhältnisse, die wir hier in der Bundesrepublik haben, nicht nur attraktiv sein müßten für die Mehrheit der Wähler — so haben wir Sie verstanden —, sondern attraktiv für die arbeitenden, schaffenden Menschen, und wir haben Ihren Worten entnommen, daß Sie glauben, unsere Verhältnisse hier ließen da noch viel zu wünschen übrig und die Konkurrenz zur DDR müsse gerade auf diesem Gebiet entfacht und beobachtet werden. Ist das richtig?

WEHNER: Das ist richtig, vor allen Dingen im Hinblick auf die unbestreitbaren Sorgen, die sich heute Angehörige der arbeitenden Schichten mancher Wirtschaftszweige machen: im Bergbau, im Schiffbau, in der Textilindustrie — um nur die zu nennen.

SPIEGEL: Es ist nun in diesem Zusammenhang Ihrem Plan verargt worden, daß in ihm Dinge, die eigentlich mit einem Rahmenvertragswerk, wie es ja die Deutschlandregelung nach Ihren Vorschlägen nur sein könnte, nichts zu tun haben, eine Rolle spielen. So wird beispielsweise die Vollbeschäftigung als ein Ziel eingeführt, auf das sich beide Seiten in diesem Rahmenwerk festlegen sollten. Dadurch haben Sie dem Verdacht Vorschub geleistet, Sie bezweckten mit diesem Deutschlandplan vielleicht nebenbei noch, die CDU von hintenherum zu überspielen und so zu erreichen, was Ihnen in offener parlamentarischer Wahlschlacht nicht gelingen könne. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Majonica war es wohl, der gesagt hat . . .

WEHNER: Ja, der hat das Ei des Kolumbus gefunden: Er hat behauptet, ich wollte die SED demokratisch zähmen mit Hilfe der CDU und die CDU sozialistisch zähmen mit Hilfe der SED. Ich meine, das wäre eine an und für sich geniale Lösung, wenn es ein Deutschland gäbe, in dem solche Kräfte sich so die Balance hielten, daß es ein demokratisches Deutschland mit einer wirklich sozialen inneren Ordnung sein würde. Aber das ist Majonicas Interpretation.

SPIEGEL: Die halten Sie zwar für schön, aber nicht für praktikabel.

WEHNER: Nicht für praktikabel.

SPIEGEL: Gut. Immerhin, wir lesen hier noch von anderen wirtschaftspolitischen Forderungen . . .

WEHNER: Da darf ich aber noch einmal dazwischen etwas sagen, entschuldigen Sie, wegen der Vollbeschäftigung: Wenn eine Partei wie die britische Labour-Party oder wenn die schwedische Sozialdemokratische Partei ihre Politik mit der Verpflichtung auf die Vollbeschäftigung unlösbar verbindet, so wirft man ihnen nicht vor, daß das irgendeine Belastung in östlicher Richtung sei. In dieser Beziehung unterscheiden wir uns von den beiden genannten und anderen sozialdemokratischen Parteien nicht.

SPIEGEL: Man wirft Ihnen ja nicht vor, daß Sie die Vollbeschäftigung proklamieren und dafür in der innerdeutschen Wahlauseinandersetzung werben, sondern daß Sie die Vollbeschäftigungspraktiken, die Sie im normalen parlamentarischen Kampf nicht durchsetzen können, auf dem Umweg über die SED doch installieren wollen.

WEHNER: Da, muß ich sagen, habe ich eine ganze Reihe Verbündete aus ganz anderen Parteien. Denn etwa im Forschungsbeirat bei dem Gesamtdeutschen Ministerium, der keineswegs unter der Leitung von sozialdemokratisch verdächtigen Leuten gearbeitet hat und arbeitet, ist die Sorge, wie man im Falle der Wie-

Die

Für Ihre Kleidung aus Wolle gibt es jetzt den letzten Schliff: die dauerhaften Bügelfalten

. . . für immer tadellos!

Jetzt können Sie sich ganz ohne Rücksicht auf Ihre Bügelfalten bewegen. Sie sind

. . . für immer tadellos!

Das neue Verfahren heißt: SIROSET Die unzähligen, guten Eigenschaften der Wolle bleiben erhalten. Wolle, als echte, natürliche Faser wird durch Siroset nicht verfälscht. Im Gegenteil: Siroset ist ein neuer Gewinn für Wolle!

. . . für immer tadellos!

Die Dauerbügelfalte in Wolle ist unempfindlich

- ★ gegen Regen
- ★ gegen Reinigung
- ★ gegen starke Beanspruchung

nie mehr Bügeln
kein Ausbeulen mehr

. . . für immer tadellos!

2 0 | | | 2 5



RASIEREN

im Zeichen der Postkutsche

das heißt, sich rasch und doch gemütlich zu rasieren. Ob Seife oder Creme. Sie freuen sich, wie die Klinge gleitet und den erweichten Bart so gründlich wegnimmt, daß Ihnen die Probe „gegen den Strich" bestätigt: Ich bin wirklich gut rasiert.

Zu diesem angenehmen Gefühl der Sicherheit tritt das Wohlbehagen an dem frischen Lavendelduft. Wenn Sie sich eine weitere Wohltat gönnen wollen, dann das beruhigende und belebende Mouson Lavendel-Rasierwasser. Es gehört zu diesem Rasierstil des gepflegten Mannes



RASIERCREME DM 1.50

RASIERSEIFE DM 1.50



RASIERTIEGEL DM 6.-
ERSATZSTOCK DM 3.75

RASIERWASSER DM 2.25
DM 3.75

Mouson Lavendel

Mit der Postkutsche

MOUSON-Erzeugnisse sind auch in Österreich, Italien, der Schweiz, den Beneluxstaaten, Skandinavien und in etwa 60 anderen Ländern der Welt in **Originalqualität** zu haben.



Verlorene Stunden

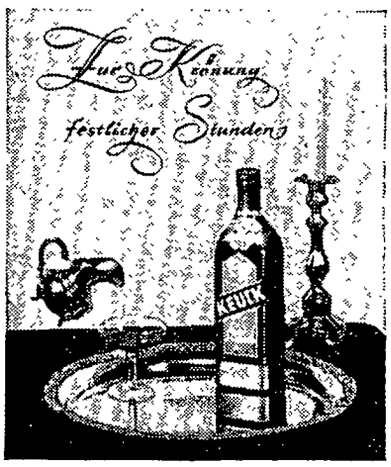
zählen doppelt! Deshalb daran denken: Kopfweh, Rheuma, Frauenschmerzen bekämpft — auch schon vorbeugend — rasch und wirksam Melabon! Es ist leicht einzunehmen. Die Kapsel mit einem Eßlöffel Wasser oder im Mund erweichen und mit reichlich Flüssigkeit einnehmen, sie gleitet dann mühelos. Gewonnene Stunden zahlen vielfach! Bei dieser Lebenskunst hilft Ihnen

Melabon
in der Kapsel.



DER SCHÖNSTE BADESTRAND DER ITALIENISCHEN RIVIERA
Ideales Klima — Vorzügliche Badegelegenheit von März bis Oktober
Sport — Tennis — Ausflüge
Moderne Hotels u. Pensionen
Auskünfte
AZIENDA SOGGIORNO
ALASSIO Italien

ALASSIO



Türkisch MOKKA
DIE GROSSE LIKÖRMARKE
Mit einem Schuß Sahne · ungesüßter kondensierter Milch kredenzt
ein Hochgenuß zur Krönung festlicher Stunden
KEUCK LIKÖRE · BRAUNSCHWEIG

dervereinigung die Vollbeschäftigung sichern kann, die Hauptsorge gewesen, und man hat immer nach Thesen und nach den Instrumenten - gesucht, um dieser Sorge befriedigend zu begegnen. Also das kann nicht nur eine bloß sozialdemokratische Parteisorge sein, und es wird also auch kaum als sozialdemokratisches Parteimanöver abgefertigt werden können.

SPIEGEL: Die Frage ist aber nur, ob solche Thesen, wie sie hier in dem Satz stehen: „Beide Regierungen" — nämlich die Bundesregierung und die der DDR — „verpflichten sich zur Politik der Vollbeschäftigung und zur Garantie des sozialen Besitzstandes" —, ob also eine solche Formulierung nicht im Widerspruch steht zu anderen Formulierungen Ihres Deutschlandplans, nämlich, daß die bestehenden Wirtschaftsverfassungen, so wie sie sind, erhalten bleiben sollen und daß eine Änderung der Eigentumsverhältnisse nicht angestrebt wird. Viele bürgerliche Kritiker des Plans haben eben den Eindruck, daß hier ein Widerspruch besteht und daß in Wirklichkeit sozusagen mit Hilfe der SED ein trojanisches Pferd hereingezogen wird — verzeihen Sie das abstrapazierte Bild —, in dem dann drinsteckt: kollektive Wirtschaftspolitik für Gesamtdeutschland.

WEHNER: Das steckt da nicht drin, das haben Sie ja eben selber gesagt. Im übrigen ist es der Gegensatz, den ich überhaupt nicht verwischen will, zwischen sozialdemokratischen Auffassungen und entgegengesetzten, die also glauben, daß es genügt, sich für die so gut wie unbeschränkte Freiheit privatkapitalistischer Betätigung einzusetzen.

SPIEGEL: Ja, gut, aber ...

WEHNER: Diesen Gegensatz bringen Sie nicht aus der Welt, auch in einem gespaltenen Deutschland nicht.

SPIEGEL: Durchaus nicht, aber Sie haben ja immerhin in der Bundesrepublik relativ frei sich entfaltende Kräfte, die diesen Gegensatz austragen. Diese Freiheit fehlt in der DDR, so daß Sie sich da unechte Hilfstruppen mobilisieren könnten, für eine Sache, die Sie mit den echten gesellschaftlichen Kräften nicht durchziehen würden. Diesem Verdacht setzen Sie sich aus.

WEHNER: Nur dann, wenn man, wie Sie das jetzt eben tun, Begriffe in die Diskussion einführt, die zu den gängigen Diffamierungsbegriffen gehören: unechte oder echte Hilfstruppen.

SPIEGEL: Sie unterstellen uns wohl nicht, daß wir Sie diffamieren wollen, Herr Wehner?

WEHNER: Ich unterstelle Ihnen das auch. Denn das müßte seltsam zugehen, wenn Leute sich nicht an der SPD versuchen sollten, wenn sie sich schon nicht an anderen versuchen können. Aber hier — ganz ohne Haß und Liebe —, hier geht es doch um den Versuch, unter zeitweiliger Aufrechterhaltung von Wirtschaftsverfassungen, die wir nicht ändern können — soweit es die jeweils andere Seite betrifft —, ein Maximum an sozialer Sicherheit zustande zu bringen. Hoffentlich begreift man hier, daß man mehr tun muß, als man bisher getan hat, um die Vollbeschäftigung nicht nur statistisch aufrechtzuerhalten.

SPIEGEL: Herr Wehner, in der zweiten Stufe der politischen Zusammenführung soll ein gesamtdeutscher parlamentarischer Rat errichtet werden, dessen Mitglieder „je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt" werden. Wenn nun die Wahl zu diesem parlamentarischen Rat in der DDR nicht in dem Sinne eine freie Wahl ist wie bei uns, sondern wenn die Abgeordneten von der SED etwa auf Einheitslisten durch das Blocksystem da hin-



Simplicissimus

Wär' nicht Wehner, wär' ich nur der kleine Erich. Rauf, runter, rauf, Pünktchen drauf!

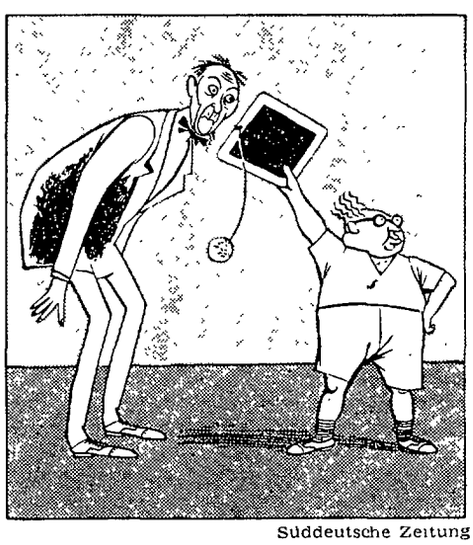
eingeschickt werden, wenn aber gleichzeitig dem parlamentarischen Rat eine gewisse gesetzgeberische Zuständigkeit gegeben wird, dann erleben wir eben doch ein unechtes parlamentarisches Spiel, und darauf bezieht sich die Kritik.

WEHNER: Erstens kommen Sie zur Wahl des gesamtdeutschen parlamentarischen Rates nur, wenn in der ersten Stufe von der nichtgewählten „gesamtdeutschen Konferenz" darüber Einvernehmen zu erzielen ist.

SPIEGEL: Da hat also jede Seite ein Vetorecht?

WEHNER: Ja. Und zweitens wird, falls es dazu kommt, die gesetzgeberische Befugnis des Rats ja sehr begrenzt sein. Das sehen Sie sogar schon aus der Skizzierung, mit der sich unser Plan begnügen mußte. Denn das, was der parlamentarische Rat der „zweiten Stufe" an Zuständigkeiten hat, erstreckt sich auf die Gebiete, die seit dem Potsdamer Abkommen als sogenannte technische Gebiete bekannt und umgrenzt sind.

SPIEGEL: Gehört dazu auch die „Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung", die Ihr Plan ausdrücklich aufführt?



Süddeutsche Zeitung

Es zeigt voll Stolz der gute Knabe die selbst verfaßte Fleißaufgabe ... Der Oberlehrer, säuerlich, schnauft nur ein: „Ungeheuerlich" ...

WEHNER: Der Rat würde in der Praxis wahrscheinlich nicht mehr tun können als das, was in der ersten Stufe mit Hilfe des Investitionsfonds, der paritätisch beschickt sein wird, begonnen worden ist, auszubauen. Denn auch hier gibt es ja noch unvermeidlicherweise, wenn man realistisch bleiben will, die Einspruchsmöglichkeit der beiden Regierungen.

SPIEGEL: Dieser Einspruch könnte, immer nach Ihrem Plan, mit Zweidrittelmehrheit von dem gesamtdeutschen parlamentarischen Rat überstimmt werden ...

WEHNER: Ja.

SPIEGEL: ... und da müßte dann also praktisch schon die SPD mit ihrem ganzen Gewicht in das Boot der SED steigen, um solch eine Zweidrittelmehrheit zuwege zu bringen, und das würde ja natürlich die SPD nur tun können, wenn sie von der Richtigkeit ihres Weges und von der Billigung durch das Volk überzeugt wäre?

WEHNER: Genau. Unser Standpunkt war — und der wird bekämpft von Teilen der CDU —, daß es für die Wiedervereinigung, und das heißt auch für den Prozeß der Wiedervereinigung, eines gibt, das wir für unabdingbar halten: Das ist Gewährleistung persönlicher und staatsbürgerlicher Freiheit — während über wirtschaftliche und soziale Ordnungsfragen immer diskutiert werden kann. Wir bestreiten nicht, daß es wirtschaftliche und soziale Ordnungsmöglichkeiten gibt, die die persönliche und staatsbürgerliche Freiheit einschränken können. Da ist die Grenze für uns, die wir nicht überschreiten können.

SPIEGEL: Immerhin würde die Lösung, die Sie vorschlagen, ein gewisses Gefälle in Richtung der Vorstellungen Ihrer Partei mitbeinhalten.

WEHNER: So optimistisch bin ich da gar nicht. Aber wenn es so wäre, hat denn die CDU bislang nicht von dem Gefälle des Wiederaufbaus profitiert, ohne Reu, besonders ohne Scheu?

SPIEGEL: Nun gut — man muß aber andererseits wohl der CDU zubilligen, daß sie Angst davor hat, in einem gesamtdeutschen parlamentarischen Rat in wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen überstimmt zu werden von der SPD, die ihre Stimme echt abgibt, und von einer SED, die ihre Stimme nicht mit echter Legitimation abgeben würde. Einige Kommentatoren haben da Kurt Schumacher zitiert, der sich seinerzeit in einem sehr anderen Stadium doch demselben Problem gegenübergesehen hat und der sich dagegen verwahrt hat, daß „eine erzwungene Stimme des Ostens so viel Wert haben solle wie zweieinhalb frei abgegebene Wahlerstimmen des Westens".

WEHNER: Ja, ja, das ist wunderbar, wie tote Sozialdemokraten gute Sozialdemokraten sind. Der Mann, der das hier eingeführt hat, hat ja auch am gleichen Tag seinen Austritt aus der SPD erklärt* — sicher nicht, um nachträglich Schumacher-Politik zu machen, die er zu Lebzeiten Schumachers keineswegs begrüßt hat.

SPIEGEL: Austritt aus der SPD — wirklich?

WEHNER: Am selben Tage, was ich begrüße.

SPIEGEL: Der war drin?

WEHNER: Ja.

SPIEGEL: Michael Freund, der Atombomben-Panegyriker, war in der SPD?

WEHNER: Aber ja.

SPIEGEL: Alle Achtung, da war die SPD sehr großzügig.

* Michael Freund, Leitartikler der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Bei Sabena sind Sie in guten Händen



Nach New York und Montreal

Wir bieten Ihnen – wie in den vergangenen Jahren täglich ab Brüssel

- ***einen Non-stop-Tagesflug*** *(an New York 20.45 Uhr)*
- ***bis zu drei Nachtflügen*** *(an Montreal 5.00 Uhr; an New York circa 7.30 Uhr)*

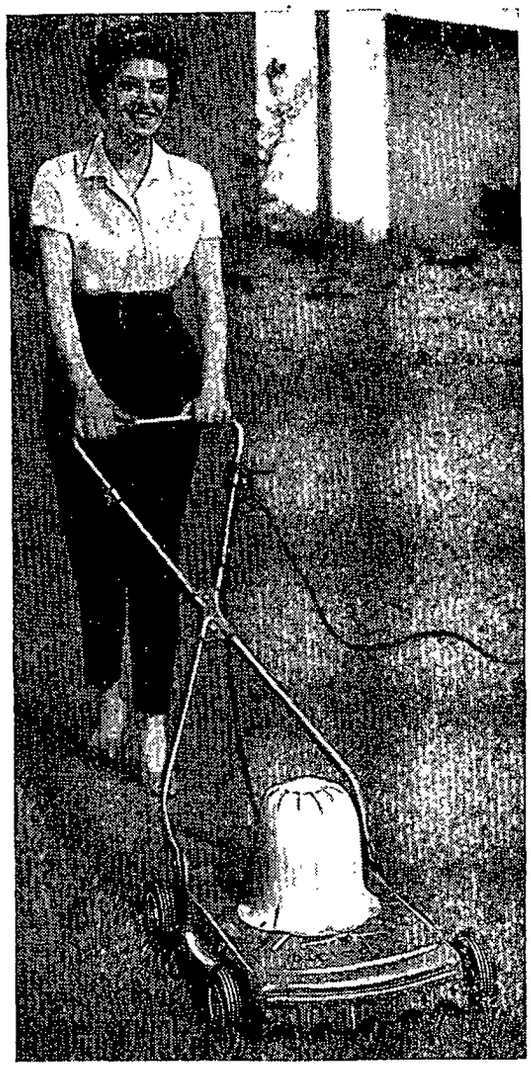
Günstige Anschlüsse von allen deutschen Flughäfen. Wählen Sie zwischen Erster Klasse, Touristenklasse und Economyklasse. Genießen Sie den individuellen SABENA-Service an Bord der komfortablen DC-7C-Maschinen.
Im Flughafen Brüssel: zoll- und steuerfreie Einkaufsmöglichkeiten.

Buchen Sie bei Ihrem IATA-Reisebüro – es kostet Sie keinen Pfennig mehr.

Wer gern Vorteile bucht – bucht

SABENA
BELGISCHE FLUGLINIEN

Und bald nach Amerika und Afrika mit der BOEING-Jet-„Intercontinental"



Kennen Sie das Geheimnis des schönen englischen Rasens?

Der englische Rasen gilt überall in der Welt als klassisches Vorbild. Wie kommt seine vielgerühmte Schönheit zustande?

Das feuchte englische Klima ist wohl eine Beigabe der Natur, es ist aber nicht entscheidend. Der wesentliche Grund liegt darin, daß er oft und regelmäßig geschnitten wird. In England geschieht dieses in vielen Fällen sogar täglich.

Auch Ihr Rasen wird wie ein wunderbarer Teppich erscheinen, wenn er 40–50 mal im Jahr geschnitten wird. Mit dem WOLF-Motodux geht es ja spielend leicht – sogar an Böschungen und beiderseits bis dicht an jedes Hindernis. Er schneidet auch hohes Gras und Unkraut.

Der WOLF-Motodux ist ein deutsches Markenerzeugnis und ist die Zuverlässigkeit selbst. Er hat Räder mit Gummi und mit doppelten Kugellagern und besitzt eine Einrichtung zur zusätzlichen Anbringung eines Grasfangkorbes, der das lästige Zusammenfegen erspart. – Übrigens: Seit Jahren ist der WOLF-Motodux der meistgekaufte Motor-Rasenmäher in Deutschland.

Bitte wählen Sie zwischen den beiden Ausführungen:
Mit fast geräuschlos arbeitendem Elektromotor
oder mit 2,5 PS Benzin-Hochleistungsmotor.
Der WOLF-Motodux-Elektro läßt sich einfach
– wie ein Staubsauger – an jede Steckdose anschließen.
Er ist vollisoliert und kostet nur DM 375,–.

WOLF Geräte
das weltbekannte Werk mit dem guten Ersatzteil- und Kundendienst

Wäre es nicht für Sie einmal interessant zu sehen, wie der WOLF-Motodux auf Ihrem eigenen Rasen arbeitet? Wir veranlassen gern eine unverbindliche Vorführung.

Bitte diesen Abschnitt einsenden oder Text auf Postkarte schreiben.

Firma WOLF-Geräte GmbH., Betzdorf/Sieg Abt. 9

Ich interessiere mich für den WOLF-Motodux
○ und bitte durch den Fachhändler um unverbindliche Vorführung nach Vereinbarung
○ bitte um Zusendung Ihres Prospektes.
○ bestelle das Lehrbuch „Rasengarten, der Freude macht" für DM 2,40

Name .....
Beruf .....
Anschrift .....

WEHNER: Das ist sie auch. Da sehen Sie, die Vorstellung, daß sie intolerant sei und einen Linksdrall habe, geht weit an den Tatsachen vorbei, was man auch davon halten mag. Aber um zurückzukommen auf die Frage Schumacher und auf das, was er damals über Parität gesagt hat: Sie dürfen doch nicht vergessen — ich meine, immerhin sollte man daran denken —, daß diese Schumachersche Stellungnahme aus einer Zeit datiert, in der wir noch keine zwei sich als Vollstaaten aufspielende Gebilde und in der wir uns noch dagegen zu wehren hatten, daß wir von den letzten Ausläufern der Weltkriegswogen einfach überspült würden. Außerdem hat auch Schumacher die militärische Entwicklung zwischen den Weltmächten nicht im vollen Umfang vorausgesehen.

SPIEGEL: Hier berühren wir einen sehr entscheidenden Punkt. Sie sagen, als Schumacher dies gesagt hat, waren noch nicht zwei deutsche Staaten da, und das ist ja unbestreitbar richtig. Aber müßte man dann nicht daraus die Konsequenz ziehen und sagen: Die gesamtdeutschen Institutionen des SPD-Plans müssen von den Regierungen ernannt werden, sie dürfen aber nicht als Parlamente auftreten. Die Abgeordneten sollen dann ihre Stimme abgeben namens der Regierung, von der sie zurückberufen werden könnten; dann ist keine unechte Parität geschaffen.

WEHNER: Sie haben völlig recht. Das ist aber auch der Grundgedanke unseres Plans. Wir wollen keine Vermischung von Parlamenten und Parlamentsbegriffen, die aus ganz verschiedenen Auffassungen über Wahlen hervorgegangen sind. Grundlage ist die gesamtdeutsche Konferenz, die genauso zusammengesetzt ist, wie Sie es eben gesagt haben: aus Beauftragten der beiden Teile ...

SPIEGEL: Das ist die erste Stufe!

WEHNER: Die erste Stufe — die wird ja auch in der zweiten Stufe noch existieren. Die Frage, ob es zu einem gesamtdeutschen parlamentarischen Rat kommt, hängt ja davon ab, ob die gesamtdeutsche Konferenz überhaupt imstande ist, solche Wahlen auszuschreiben.

SPIEGEL: Würde das bedeuten: Wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR nicht so weit änderten, daß man mit einiger Großzügigkeit von Wahlen sprechen kann, dann würde also nach Ihren Vorstellungen ...

WEHNER: ... kann man sie nicht machen — entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen ins Wort falle —, kann man sie nicht machen, sage ich ganz nüchtern. Das ist nur möglich, wenn darüber Einvernehmen besteht.

SPIEGEL: Das heißt also, daß Sie nicht beabsichtigen, mit den erzwungenen Stimmen, von denen Kurt Schumacher spricht, sich möglicherweise in einer echten Auseinandersetzung zusammenzutun?

WEHNER: Nein. Wir können das ja auch deshalb nicht, weil wir nicht wollen, daß die Sozialdemokratische Partei von außen und innen umgekrempelt wird. Ich meine, das mag hier nebensächlich erscheinen, aber das ist für uns jedenfalls eine Lebensfrage ...

SPIEGEL: So nebensächlich ist das für die Bundesrepublik und für Deutschland nun auch wieder nicht.

WEHNER: ... ja, so hat man gesagt, als es noch darum ging, gewisse gesamtstaatliche Vorstellungen in der Politik zu respektieren. Ich bin heute sehr pessimistisch, ob es solche noch gibt, jedenfalls in leitenden Kreisen der Bundesregierung. Aber das mag eine private Ansicht sein ...

SPIEGEL: Herr Wehner, mal eine Gewissensfrage, die Sie möglicherweise gar nicht beantworten werden ...

WEHNER: Warum? Hätte ich kein Gewissen?

SPIEGEL: Wir glauben, Sie haben eins — meinen Sie, daß, wenn dieser Prozeß in Gang gesetzt würde, dann die SPD in irgendwelchen Fragen mit der SED zusammen stimmen würde, solange die SED ihren bisherigen Charakter beibehält?

WEHNER: Die Frage hat man uns schon umgekehrt im Bundestag gestellt, als es noch eine kommunistische Partei gab, die ab und zu für Anträge stimmte, die wir gestellt haben. Es war nämlich in der Regel so, daß es dann uns zur Last gelegt wurde, daß auch die Kommunisten dafür gestimmt hatten. Aber hier kann ich Ihnen nur antworten, was einmal Herr Ollenhauer — der ja sicher ein besserer Parlamentarier ist als ich und jedenfalls erfahrener — darauf gesagt hat: Das sei im Parlament nicht anders, als daß eine Partei oder eine Fraktion ihre Vorschläge einbringt, und dann soll dafür stimmen, wer es für möglich und für richtig hält.

SPIEGEL: Durchaus. Aber das sind dann eben alles Parteien, die unter annähernd gleichen Konkurrenzbedingungen stehen, also nicht zu vergleichen mit der Situation, die wir in der DDR haben. Wir hätten hier eine Partei, die nicht unter gleichen Konkurrenzbedingungen ...



„Jetzt weiß man wenigstens, woran man ist ..."

WEHNER: Ich möchte sie durch diesen Plan und durch diese Entwicklung unter die gleichen Konkurrenzbedingungen bringen. Das ist der entscheidende Sinn: aus dem heutigen außenpolitischen Problem des deutschen Kommunismus ein innenpolitisches machen und es auf demokratische Weise regeln.

SPIEGEL: Sehen wir auf Frankreich. In Frankreich ist es üblich gewesen, die kommunistischen Stimmen nicht zu zählen, wenn man auch ohne sie auskommen konnte.

WEHNER: Das habe ich nie vorgeschlagen. Ich habe das immer für Unfug gehalten. Wenn man eine kommunistische Partei hat, dann muß man diejenigen, die sie gewählt haben, auch so ernst nehmen, daß dort, wo es um sachliche Entscheidungen geht, man sich nicht in diese Haltung begibt, wie Sie sie eben charakterisiert haben.

SPIEGEL: Man hat das Ende dann ja auch erlebt in Frankreich.

WEHNER: Man hat das Ende erlebt, und zwar mit einer sozialistischen Partei, die in ihrer Führung jedenfalls sich sehr weit angepaßt hat an die dort herrschende Vorstellung vom Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen einer unzufriedenen Arbeiterschaft.

SPIEGEL: Wir halten die Frage für wichtig genug, um noch einmal zu insistieren: Sie würden also SED-Stimmen zählen, auch wenn diese SED-Stimmen noch nicht auf ähnliche Art zustande gekommen wären wie bei uns die SPD-Stimmen und die CDU-Stimmen und früher die KPD-Stimmen?

WEHNER: Dann kann man sie ja nicht zählen. Wo denn kann man sie dann zählen?

SPIEGEL: Nun, wir würden ja in der zweiten Phase ...

WEHNER: Einverstanden. Wenn es um Eisenbahnfragen geht, dort, im parla-

W 021421



Gepflegte Männer sind vielfach auch erfolgreiche Männer. (Wieviel hängt oft schon vom ersten Eindruck ab!) So ist denn auch der Gebrauch eines guten Rasierwassers bestimmt kein „Luxus". Kaloderma Rasierwasser wirkt antiseptisch und es belebt, strafft und glättet Ihre Haut. Darüber hinaus aber umgibt sein erfrischender und angenehm männlicher Duft Sie mit jener Atmosphäre sympathischer Gepflegtheit, die Sie allerseits „gern gesehen" macht.



GIBT IHNEN DIE MÄNNLICH GEPFLEGTE NOTE

DM 1.75, 2.75 u. 4.25

Gleich wirksam nach der Elektro- wie nach der gewohnten Naß-Rasur.



Für Geschäftsreisen nach Pittsburgh kann ich nur die TWA empfehlen...

TWA fliegt täglich Frankfurt - Pittsburgh

Die zwölftgrößte Stadt der Vereinigten Staaten, Pittsburgh, ist das größte Eisen- und Stahlzentrum nicht nur der USA, sondern der Welt. Außerdem finden sich hier die umfangreichsten Kohlevorkommen der Erde.

Der pfeilschnelle TWA JETSTREAM* fliegt täglich von Frankfurt nach New York — nonstop oder über London. Von New York aus erreichen Sie mit TWA in kürzester Zeit 70 Städte in allen Teilen der USA — Pittsburgh zum Beispiel in nur 2 Stunden.

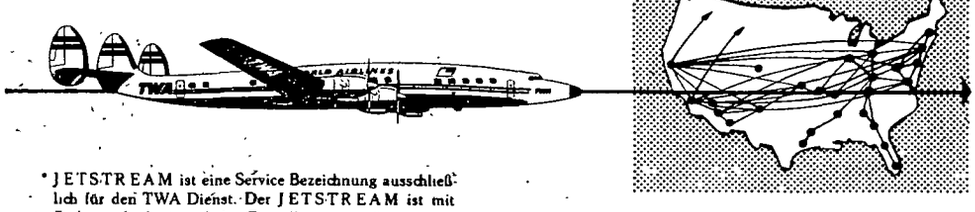
Der JETSTREAM ist das modernste Langstreckenflugzeug auf TWA's Weltrouten. Dieses große Flugzeug kann über 7000 Meilen ohne Zwischenlandung zurücklegen.

Der TWA-Komfort und -Service an Bord machen Ihnen den Flug zu einer entspannenden Ruhepause.

Bitte lassen Sie sich bei der Planung Ihrer Reise von Ihrem IATA Reisebüro über die günstigsten TWA-Verbindungen informieren.

Luftfracht auf allen Flügen

09 10



*JETSTREAM ist eine Service Bezeichnung ausschließlich für den TWA Dienst. Der JETSTREAM ist mit Radar und vibrationsfreien Propellern ausgerüstet.

Mehr als 5 Millionen Passagiere im Jahr fliegen

TWA

TRANS WORLD AIRLINES

mentarischen Rat, falls er zustande kommt — darüber haben wir gesprochen —, oder wenn es um Finanzausgleichsfragen geht, würde sich in der Praxis ergeben: Wie stellen sich die Leute zu Vorschlägen, die wir oder die anderen machen?

SPIEGEL: Die würden selbst ja gar nicht so sehr initiativ werden, sondern würden Ihre Vorschläge unterstützen, in der Hoffnung, Sie dadurch weiter nach links — oder wie immer man diese Himmelsrichtung nennen will, die Geographie ist da ja durcheinander —, jedenfalls in ihre SED-Richtung zu drängen. Das würden sie ja versuchen. Also stellt sich die Frage: Würden Sie diesen Versuchen und dieser Versuchung nachgeben, oder würden Sie darauf beharren, daß eine gewisse bundesrepublikanische Loyalität Sie davon abhalten würde, solche Vorteile, die sich Ihnen bieten würden, einzuheimsen?

WEHNER: Hier greife ich zurück auf eine Erklärung, die ich dem Bundeskanzler, ohne daß er dabei mit der Wimper gezuckt hat, im Jahre 1952 gegeben habe, als er aus einem Anlaß, der jetzt uninteressant sein mag, eine Brunnenvergifterkampagne gegen mich betrieben hat. Damals habe ich ihm gesagt: „Für die Sozialdemokratische Partei gibt es bei aller Opposition gegen Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, eine natürliche Grenze; die kann sie nicht überschreiten. die wird sie nicht überschreiten, nämlich: nicht zu kooperieren mit Parteien der sowjetisch besetzten Zone." Ich habe ihm gesagt: „Wenn Sie so wollen, kann man das als eine Loyalitätserklärung auffassen. Ich würde zu weit gehen, würde ich eine umgekehrte von Ihnen erwarten." Er hat sie auch nicht gegeben.

SPIEGEL: Das besagt: Mit einer totalitären Partei, mit einer Partei, die von außen gelenkt wird, würde die SPD also nicht kooperieren?

WEHNER: Unter keinen Umständen. Im übrigen sollte man den Plan nun auch nicht von der umgekehrten Seite deshalb angreifen, weil er eine, wenn Sie so wollen, große Variationsbreite läßt — zeitlich gesehen — für die Dauer der ersten, der zweiten Stufe und das Fortbestehen dieser gesamtdeutschen Konferenz auch in der zweiten Stufe. Ich halte die Variationsbreite nicht für einen Nachteil.

SPIEGEL: Würde nach Ihren Vorstellungen die Bundesrepublik aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und aus dem Schumanplan und aus der Euratom-Gemeinschaft ausscheiden müssen, oder würde darüber später zu befinden sein?

WEHNER: Wir haben an einer Stelle unseres Planes gesagt, daß unseres Erachtens die langfristigen Verträge aufrechterhalten werden müssen. Das trägt dem Rechnung, was Sie eben sagten.

SPIEGEL: Alle?

WEHNER: Wir sind aber nicht so weit gegangen zu sagen: die oder die. Denn das ist nur auf dem Wege der schließlichen Vereinbarung zustande zu bringen. Ich will offen sagen, daß die sehr enge Verflechtung der DDR und ihrer im Vergleich zu anderen Ländern des Ostens entwickelten Industrie mit der „Gemeinschaft für gegenseitige Wirtschaftshilfe" im kommunistischen Bereich ja ein ganz ernstes Hindernis gegen die Zusammenführung der Teile Deutschlands ist, falls nicht die Bundesrepublik und falls nicht die Westmächte finden sollten, daß es denkbar ist, Leistungen, die die Industrie der DDR heute in Richtung Osten tut....

SPIEGEL: ... zu übernehmen ...

WEHNER: ... in diesem Prozeß der Zusammenführung und auch durch ein wiedervereinigtes Deutschland zu übernehmen, wie Sie sagen. Oder umzuwandeln in Leistungen, die wir auf der Basis von frei-

willigen Abkommen liefern. Das gilt für die eine wie für die andere Seite. Sonst wird die Zwangsläufigkeit dieser Integrationsprozesse im Westen und im Osten dazu führen, daß man schon von der wirtschaftlichen Seite aus in ein paar Jahren überhaupt keine Möglichkeit mehr haben wird, eine staatliche Einheit anzustreben. Das setzt aber voraus, daß zum Beispiel der Osten die Montanunion nicht einfach mehr als eine Art Bestandteil der Nato ansieht ...



Plan Pankow

SPIEGEL: ... und auch nicht mehr ansehen muß ...

WEHNER: ... und das setzt umgekehrt voraus, daß wir, wenn es möglich ist und wenn wir das sauber ausrechnen können, die Wirtschaftsleistungen nach dem Osten nicht einfach als einen Tribut an die Vorbereitung der Weltherrschaft des Kommunismus betrachten. Beides.

SPIEGEL: Das setzt aber auch weitgehend den Verzicht auf unsere bisherige Embargo-Politik voraus, zumindest gegenüber der DDR.

WEHNER: Das volle Embargo — das man ja nirgendwo wirklich durchgeführt hat —, das Mittel des Boykotts, des absoluten Verzichts auf Handelsbeziehungen zu kommunistisch regierten Ländern, hat deren Entwicklung im Ernst nicht gestoppt, höchstens verlangsamt. Der Prozeß kann — da unterscheide ich mich wieder von denen, die es ganz anders sehen — nur zu unseren Ungunsten verschlimmert werden, weil die Embargo-Haltung — das sieht man doch heute an China — die Leute, die dort regieren, und die Parteien, die dort die Macht haben, auch im Bewußtsein eines ganzen Teiles ihrer Bevölkerung schließlich zu nationalen Heroen werden läßt, die trotz Boykotts, trotz Embargos, trotz des Fehlens normaler Beziehungen eben Schritt für Schritt oder Millimeter für Millimeter weiterkommen.



Plan Bonn

SPIEGEL: Die Millimeter haben in China Sieben - Meilen - Länge. Wir möchten noch einen anderen Einwand vorbringen. Wir alle sind uns doch darüber klar, daß gesellschaftliche Prozesse langsam gehen oder zumindest langsam gehen können. Wenn wir also unterstellen, daß die Sowjet-Armee aus der DDR abzieht und möglicherweise auch aus Polen abzieht, dann glauben wir zwar, daß das eine politische Veränderung und gesellschaftliche Veränderung im Gefolge haben wird, aber wir können ja nicht annehmen, daß diese Veränderung sehr schnell eintreten wird. Ihr Plan dagegen ist gemacht für jetzt und heute, und wir würden uns also in der ersten Phase doch immer noch denselben Leuten gegenübersehen, die jetzt in der DDR zu sagen haben.

WEHNER: Manchmal geht das sehr schnell mit den Leuten an der Spitze, und im übrigen helfen da unsere frommen Wünsche nichts.

SPIEGEL: Die Frage ist, ob es jetzt tatsächlich schon an der Zeit ist, sich mit der DDR in Verhandlungen einzulassen, die mehr bezwecken als die formale Anerkennung, die wir persönlich, wie Sie wahrscheinlich auch, für unumgänglich halten; daß die Existenz der DDR nicht mehr bestritten werden kann, ist ja wohl heute unter vernünftigen Leuten klar.

WEHNER: Aber es ist ein Unterschied, ob ich von der Existenz der DDR so Kenntnis nehme, daß ich versuche, nun noch einen zur Wiedervereinigung führenden Prozeß damit zustande zu bringen, oder ob ich damit sozusagen den Abschluß und die völkerrechtliche Endgültigkeit der Aufteilung besiegele.

SPIEGEL: Sicher, aber wenn wir annehmen, es ließe sich ein Rahmenvertrag machen, in dem dieser gesellschaftliche Prozeß sich ausbreiten könnte; wäre es dann nicht schade und schädlich, wenn wir mit der DDR, in der sich noch nichts geändert haben kann, einen Versuch machen, der dann fehlschlägt — denn das wird der letzte Versuch sein? Ob es dann nicht besser wäre, die Dinge sich entwickeln zu lassen, denn dann bläst uns ja der Wind nicht ins Gesicht, um mit Herrn Chruschtschew zu sprechen. Dann können wir ja die Dinge in der DDR ausreifen lassen und hätten wahrscheinlich in fünf bis zehn Jahren eine sehr viel bessere Chance, als sie im Moment bestehen kann.

WEHNER: Ja, vielleicht trifft sich diese Auffassung mit meiner, daß es darauf ankäme, eine Stelle zu haben, an der sich beide Teile Deutschlands so berühren, daß es schwerer wird, als es heute ist, die Auseinanderentwicklung in dem bisherigen mörderischen Tempo fortzusetzen. — Aber wenn ich noch einmal auf die Organe zurückkommen darf, die Ihnen vorher Sorge gemacht haben: In unseren Ausarbeitungen haben wir gesagt, daß diese Organe, die also zur Zusammenführung der Teile Deutschlands gebildet werden sollen, die verfassungsmäßige Zuständigkeit in beiden Teilen Deutschlands unberührt lassen. Sie haben lediglich den begrenzten Auftrag, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung vorzuschlagen. Wir gehen dabei so weit, daß wir der Bundesregierung sagen, sie soll ihre Bereitschaft zur Bildung solcher Organe unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung ihres Vorbehalts erklären, der gegen die Ansprüche der DDR-Regierung auf Anerkennung der sogenannten Rechtmäßigkeit besteht. Das ist kein Problem. Außerdem aber sagen wir, daß Organe, die in die Befugnisse der bestehenden staatlichen Einrichtungen eingreifen dürfen, aus freien und geheimen Wahlen hervorgegangen sein sollen. Hier haben Sie einen gewissen Unterschied.

SPIEGEL: Aber dieser Punkt steht leider in der veröffentlichten Fassung nicht drin, der Hinweis auf die freien und geheimen Wahlen.

WEHNER: Es steht manche Einzelheit nicht drin. Und wenn Sie jetzt noch einwenden: Ja, dann brauchte man sich ja nicht mit der anderen Seite überhaupt in diesem Rahmen zu akkordieren — dann wende ich dagegen ein: Dieses hat immerhin den Vorzug, daß man erstens einmal eine gewisse Milderung der Auseinanderentwicklung erreicht, und zum anderen, daß man sich unter Umständen, wenn Sie das Wort einmal so nehmen wollen, an den Umgang miteinander gewöhnt und daß es gewisse Gebiete gibt, in deren Rahmen man sogar miteinander streitet und schließlich, wo es möglich ist, zu Entscheidungen kommt. Das halte ich für einen Vorzug gegenüber dem Die-Dinge-treiben-Lassen und Auf-Weihnachten-Warten, was unser Außenminister die „Phantasie der Geschichte" nennt.

SPIEGEL: Herr Wehner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

